

**Zeitschrift:** Film und Radio mit Fernsehen  
**Herausgeber:** Schweizerischer protestantischer Film- und Radioverband  
**Band:** 18 (1966)  
**Heft:** 23

**Rubrik:** Die Welt im Radio

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 03.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Der Protestantismus in der Sowjetunion

II

FH. Da man den Gemeinden keinerlei finanzielle Unterstützung gewährt, bringen die Gemeinden die Mittel selbst auf. Alles hängt von der Freiwilligkeit ab. Die Gemeindeglieder fragen, wieviel Geld gebraucht wird, und die Gemeindeleitungen errechnen auf Grund des Bedarfs den durchschnittlichen Betrag für jedes Gemeindeglied. Die Praxis zeigt, dass die Norm immer überschritten wird. Es wird immer mehr gegeben, als nötig ist. Das ist wichtig, denn auch Ueberweisungen aus dem Ausland sind unmöglich.

Estland ist aus militärischen Gründen für alle Reisenden aus dem Ausland gesperrt. Nur die an der Küste gelegene Hauptstadt Reval steht ihnen offen. Die Kirche hat dort einen grossen Zulauf, und ein ausländischer Pfarrer wunderte sich über die tausendköpfige Menge in den Gottesdiensten. Von 1200 Konfirmierten kommen Tausend regelmässig. Die Grundeinstellung ist nach dem Wort eines Theologen die folgende: Wir leben als Christen in einem sozialistischen Staat und verstehen dieses Leben als einen von Gott gegebenen Auftrag. Wir sind weder eine Katakombenkirche, noch eine fünfte Kolonne. Weil wir aber am eigenen Leib das Leid und die Zerstörung des Krieges erfahren haben, darum nehmen wir auch aktiv Anteil an allen Bestrebungen, die helfen sollen, die Wiederholung einer derartigen Katastrophe zu vermeiden.

Besonders belastend für die Christen in der Sowjetunion ist die ständige Verhöhnung und Verleumdung durch die atheistische Propaganda. Es kommt aber dabei auch immer wieder vor, dass einer aus der Reihe dieser Funktionäre ausschert. Auf dem Sommerprogramm 1963 des Moskauer Stadttheaters stand ein Stück, das unter dem Titel «Christus im Frack» das Christentum verhöhnen sollte. In einer Szene sollte ein bekannter marxistischer Schauspieler die ersten zwei Verse aus der Bergpredigt zitieren, und dann das Neue Testament wegwerfen. Während der Première geschah Folgendes: Auf der Bühne stand ein Altar, der aussah wie eine vulgäre Bar-Theke. Belebte Puppen umtänzelten ihn gröhrend, offensichtlich bemüht, das religiöse Gefühl lächerlich zu machen. Dann trat im 2. Akt der Schauspieler auf und las die ersten beiden Verse. Jetzt müsste er das Buch wegwerfen. Doch er liest weiter: «Selig sind die Trauernden, denn sie sollen getröstet werden». Darnach schweigt er plötzlich. Das Publikum spürt sofort, dass er nicht seine Rolle spielt. Nach einer Pause voll unheimlicher Spannung greift er wieder zum Buch und liest mit lauter Stimme weiter, bis er alle 48 Verse aus dem 5. Kapitel des Evangeliums vorgelesen hat. Nachher herrscht im Moskauer Staatstheater eine solche Stille, dass man eine Mücke summen hören könnte. Niemand protestiert. Alle warten gespannt, was jetzt geschehen wird. Der Schauspieler fügt nur noch laut hinzu: «Herr, gedenke mein, wenn Du in Dein Reich kommst». Alle weiteren Aufführungen werden abgesagt, und von dem einst hochgeehrten Schauspieler hörte man nichts mehr.

Eine besonders grosse, evangelische Kirche gibt es in Lettland. 600 000 Protestanten sind auf 82 Gemeinden verteilt. In Litauen und der Memel leben 80 000 evangelische Christen. Eine starke Zunahme verzeichnen die baptistischen Gemeinden in Russland. Sie haben sich seit der grossen Revolution 1917 mehr als verfünfacht. Ihre Gesamtzahl wird gegenwärtig auf 3 Millionen geschätzt. Sie verfolgen eine sehr intensive, persönliche Missionsmethode. Naturgemäß sind sie das Ziel besonders starker, kommunistischer Angriffe, weil sie der Partei durch ihr schnelles Wachstum ein Dorn im Auge sind.

Von manchen Vorkommnissen in den protestantischen Gemeinden erfährt man erst nach Jahren. Manche Angaben lassen sich kaum nachprüfen. So kann es vorkommen, dass eine Gemeinde schon längst in alle Winde zerstreut, oder dass ein Pfarrer schon lang gestorben ist, über die im Westen berichtet wird. Immer wieder treten Leute von aussen auf, um zu predigen, sind jedoch ständig auf der Flucht, denn Gastpredigten sind illegal. Bei solchen Vorkommnissen wird besonders deutlich, wie sehr sich die Gesetze gegen den Bestand der Gemeinden richten.

In allen totalitären Staaten ist die Auslegung der Gesetze verschieden. Zum Beispiel sind auch für die Schliessung von Kirchen wegen angeblicher Baufälligkeit keine Grenzen gesetzt. Als Baptisten an der Moldau eine Kirche mit grosser Anstrengung geflickt hatten, wurde sie von den Behörden deswegen beschlagnahmt. Seitdem müssen sie 18 km weit bis zum nächsten Gottesdienst laufen und schon morgens um 3 Uhr aufbrechen. Es ist oft kaum zu glauben, was manche Christen leisten, nur damit sie wieder einmal ein paar Stunden im Kreise von Gleichgesinnten verweilen dürfen. Da wird berichtet von evangelischen Deutschen in der Nähe des Urals, die jedes Jahr ihre Konfirmanden zu lutherischen Gemeinden nach Karaganda zum Pfarrerschicken, eine Entfernung von 1200 km Luftlinie. Viele Ehepaare legen den gleichen Weg zurück, um sich kirchlich trauen zu lassen. Man kann ein solches Engagement für das kirchliche Leben wohl kaum mit den uns geläufigen Masstäben messen, meinte die Sendung des Südwestfunks. Wie sollte man sonst die Freude der christlichen Bevölkerung verstehen, wenn es ihr nur einmal vergönnt ist, an einer christlichen Bestattung teilzunehmen!

Diese Beobachtung machte eine Reporterin aus Israel, die 1962 das asiatische Russland bereiste. Eine kirchliche Bestattung ist oft unmöglich. Als Ersatz dafür wird in Gottesdiensten der kirchlich Verstorbenen des Jahres gedacht. Trotzdem die Kirchen praktisch im Leben nicht wirken dürfen, sind ihre Leistungen bewunderungswürdig. So können sie charitativ gar nichts unternehmen, weil es offiziell in der UdSSR «keine bedürftigen Menschen gibt». Das ist eine empfindliche Beschränkung. Alle kirchlichen Gemeinschaften in Sowjetrussland haben Mangel an Gebäuden. Zahllose Kirchen sind zwar seit dem Kriege wieder gebaut und auch einige ganz neue errichtet worden. Doch könnten besonders die Baptisten das Mehrfache an Kirchengebäuden voll ausnutzen.

Sicher ist, dass Millionen von Menschen trotz allen Verfolgungen dort versuchen, in Co-Existenz mit dem Marxismus ein Leben auch mit der Kirche zu führen. Die Lebensformen sind dabei sehr verschieden: überfüllte Kirchen in Estland und Lettland, einzelne Familien in Sibirien oder am Ural, die keinen gemeinsamen Gottesdienst feiern können und doch an ihrem Glauben festhalten, eifrige Baptisten — das alles gehört zum Bild des Protestantismus in der Sowjetunion.

## Die Schlacht um die Radiopiraten

FH. Wir haben an dieser Stelle schon öfters auf die schweren Auseinandersetzungen hingewiesen, die infolge des Auftauchens von ungesetzlichen Piratensendern auf Schiffen und Riffen vor der englischen Küste entstanden sind. Die ganze Angelegenheit besass von Anfang an internationale Bedeutung, was inzwischen auch durch neue Beschwerden einer Anzahl europäischer Regierungen bei der englischen wegen Störung ihrer eigenen Sendungen durch die Piraten wiederum bestätigt wurde. Ausserdem

# IM RADIO

aber steckt hinter der ganzen Angelegenheit ein auch für uns und überhaupt jedes Kulturland wichtiges Problem: Ist der Monopolbetrieb im Radiowesen zulässig?

Bei uns wird bekanntlich mit ungesetzlichen Radiosendern kurzer Prozess gemacht. Sie werden beschlagnahmt, und wer sie betrieben hat, wird bestraft. Im freiheitlicheren, die Persönlichkeitsrechte mehr respektierenden England wurde lange mit Einschreiten gezögert, selbst als mittler in der Themse solche wilden Sender auf Türmen errichtet wurden. Das hatte jedoch zur Folge, dass grosse Kreise des Volkes sich an diese Sendungen, die im Stil Luxemburgs nur leichte Unterhaltungsmusik in die Häuser hineinrieseln lassen, gewöhnt und sie nicht mehr missen möchten. Man schätzt die Hörerschaft heute auf ca. 25 Millionen. Damit aber wurde die Frage zu einer politischen, denn selbstverständlich muss in einer Demokratie, wo alles von Wahlen abhängt, auf einen so grossen Bevölkerungsanteil Rücksicht genommen werden. Die englische Devise: «abwarten und Tee trinken» hat hier die Aufgabe der Regierung sehr erschwert.

Das Dilemma wurde noch durch nachdrückliche Klagen ausländischer Regierungen vergrößert, welche London Verletzung des internationalen Radioabkommens vorwurfen. Zehn Regierungen, Jugoslawien, Ungarn, Italien, Norwegen, Polen, Tschechoslowakei, Westdeutschland, Belgien Irland und Holland beschwerten sich, darunter Italien besonders heftig, gegen die Duldung der Piratensender. Diesen Druck von aussen kann die Regierung nicht ausser acht lassen, will sie nicht Störungen ihrer eigenen Sendungen befürchten. Das englische Netz mit seinen zahlreichen Radio-Verbindungen im Commonwealth wäre dafür sehr empfindlich.

Dazu blieben die Piratensender selbst auch nicht müssig und operierten geschickt. Jedes Parlamentsmitglied erhielt ein Büchlein «Freie Luft». Zu Beginn wird darin ein Ausspruch eines ehemaligen Direktors des britischen Radios zitiert: «Monopol beim Radio ist unvermeidlich eine Leugnung der Freiheit...» Damit ist der Standpunkt der Piraten gekennzeichnet: Fort mit dem Staatsmonopol! Ferner wurden Besprechungen mit der Radiokommission der Tory-Partei eingeleitet, die hier eine freiere Stellung einnehmen kann, als die der Idee der Verstaatlichungen verhaftete Labour. «Wir haben freie Rede und eine freie Presse, warum haben wir keine Freiheit in der Luft? Schreiben Sie Ihrem Parlamentsvertreter!» Ungefähr 100 000 Hörer machten von der Aufforderung Gebrauch, und es ist damit zu rechnen, dass mindestens 70 Unterhausmitglieder die Interessen der Piraten bei den Debatten vertreten werden. Es gelang ihnen sogar einen Parlamentarier an das Mikrofon ihres Senders zu bekommen, der auf diese Weise für die ihm zugekommenen Briefe dankte.

Dass sie Internationale Abkommen verletzten, berührt die Piraten nicht sonderlich. Sie weisen darauf hin, dass von den 898 europäischen Stationen über 500 auf ihnen nicht zugeteilten Wellenlängen senden und sich nicht an die Abkommen kehren. Unter diesen wilden Sendern befindet sich der Vatikan und das Netz der amerikanischen Streitkräfte in München. (Amerika hat allerdings unseres Wissens das europäische Abkommen nie unterschrieben).

Zusätzlich behaupteten sie, dass sie ein öffentliches Bedürfnis stillten. Sie stillzulegen, würde praktisch von der halben Nation bedauert. Und die Tories neigen offenbar stark dazu, ihnen diesen Einwand abzunehmen.

Die Stellung der Labour-Regierung besteht in dem Versuch, Stärke mit Vorsicht zu paaren. Sie haben bereits ein Gesetz durchgebracht, welches jeden Engländer mit Strafe bedroht, der die Piraten-Radioschiffe mit Waren versorge, auf solchen arbeite, ihnen Schallplatten verschaffe oder auf

ihren Wellenlängen Reklamesendungen verbreiten lasse. Anderseits aber scheint die Regierung zur Ansicht gekommen zu sein, dass die Piratensender in der Tat ein weitverbreitetes Bedürfnis befriedigten. Es müsse deshalb nach Mittel und Wegen gesucht werden, anstelle der Piraten, die zu verschwinden hätten, für die ständige Berieselung mit leichter Musik zu sorgen. Es wird an eine neue, unabhängige Radio-Institution gedacht, um diese Aufgabe zu erfüllen, also tatsächlich ein Einbruch in das Monopol der BBC. Diese Lösung würde gestatten, das Gesetz gegen die Piraten, das im Frühling in Kraft treten soll, mit ganzer Strenge anzuwenden.

Allerdings scheinen sich diese vorzusehen. Sie glauben, sie müssten nur solange durchhalten können, bis die Tories wieder an der Macht seien. Dann wären sie gerettet. Um die gesetzlichen Vorschriften wirkungslos zu machen, wollen sie alle Engländer entlassen und durch Canadier und Australier ersetzen. Versorgt werden sollen die Schiffe aus Holland und Spanien. Ferner lassen sie sich alle unter fremder Flagge registrieren, meistens unter der von Panama, wo Scheinfirmen gegründet werden. Statt englischen Insassen suchen sie amerikanische und vor allem französische zur Verbreitung zu erhalten. Es gebe genügend französische Firmen, die ihre Parfums und ihren Alkohol auf dem grossen, englischen Markt verkaufen möchten.

Gegenwärtig scheint es jedoch, dass die Piratensender, selbst wenn sie auf solche Weise überleben könnten, sich in etwa einem Jahr gleichartigen, aber offiziellen Sendern in England selbst gegenübersehen werden, welche ihnen die Berieselungsaufgabe abgenommen haben. Wie dies technisch zu geschehen hat, damit andere Nationen nicht mehr gestört werden, ist eine andere Frage. Sicher ist aber auch, dass der Monopol-Glaube beim Radio durch diese Wendung auf der Welt einen Stoß erhält.

## Die Mauer in englischer Sicht

(Schluss)

In der folgenden englischen Sendung berichtete die Reporterin der BBC über die Mauer in der Sicht West-Berlins. Noch vorher hatte sie im Osten die Frage aufgewor-



Jerry Lewis als harter Cow-Boy aus Texas in der Grotesk-Parodie auf den amerikanischen Psychoanalyse-Fimmel «Drei auf einem Couch».

fen, ob es denn wirklich keine Hoffnung gebe, die Mauer zu Fall zu bringen? Ernst Hansch, führender Kommunist in Ulbrichts Stab, erklärte ihr: «Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder geht das Bonner Regiment mit uns eine Föderation ein, oder die Mauer wird bleiben. Bis jetzt haben die westdeutschen «Militär-Revanchisten» Moskau nichts angeboten, das der Rede wert wäre, und werden es auch in absehbarer Zukunft nicht tun. Darum glaube ich nicht, dass die Sowjets hinter unserm Rücken mit Bonn einen Handel abschliessen werden. Kurz: Die Mauer wird bleiben».

Die gleiche Frage legte sie in Westberlin Dr. Spannenberg vor, dem «Aussenminister» des Berliner Senats. «Ich sah die Mauer entstehen», sagte dieser langsam, «und ich bin wie jedermann zutiefst erschrocken, dass die Alliierten nichts unternahmen, um sie zu verhindern, besonders nicht die Amerikaner. Es war Willy Brandt, der die Situation rettete. Er unterbrach seine Wahl-Kampagne in West-Deutschland und hielt eine phantastische Rede, welche die Berliner überzeugte, dass sein Slogan «wir müssen mit der Mauer leben», die einzige mögliche Haltung war.

Das schliesst ein, dass wir keine Ahnung haben, wenn sie wieder verschwinden wird. Dass die Kommunisten ihren 5. Geburtstag zu feiern wagten, zeigt nur, dass sie sich sicher fühlten und Selbstvertrauen gewonnen haben. Ost-Deutschland spielt die gleiche Rolle im Wirtschaftssystem der Sowjets wie Westdeutschland in der Nato. In Ost-Deutschland hat das Volk getan, was wir mit fremder Hilfe machten, indem sie den Gürtel enger schnallten. Sie haben uns alle ein Beispiel von harter Arbeit gegeben. Selbstverständlich wissen wir, dass das ostdeutsche «Wirtschaftswunder» seine Grenzen besitzt: Breschnew und Kosygin verlangten ganz andere Waren geliefert als Krustschew, was eine Reorganisation verlangte und eigenes Planen verhindert».

Ca. 10—12 Prozent von Ost-Deutschlands Einwohnern sind Kommunisten. Der Rest hat den Kommunismus nicht akzeptiert», aber durch ihre Beziehung zum Regime haben sie sich unbewusst mit ihm identifiziert.» Ueber die Lebensbedingungen im Westen sind sie sehr gut informiert. Nicht nur über das Radio, sondern, weil 60—70 Prozent auch westliche Fernseh-Programme sehen. Sie neigen dazu, unsere westliche Art zu leben, nicht durchwegs zu teilen; sie sehen Vorteile im Sozialismus, allerdings nicht im Kommunismus. Sie halten uns für oberflächlich, weil der Grossteil unseres Volkes mehr an den guten Dingen des Lebens interessiert ist (inbegriffen die Beatles) als an Politik. Sie sind politisch sehr bewusst, weil sie unter einer Diktatur leben und jede Bewegung, die sie tun, beobachten müssen, um nicht verschlungen zu werden.»

Er beklagte dann die Ueberalterung West-Berlins und schilderte die Anstrengungen, um junge Leute dorthin zu bekommen. Er erklärte auch, selber junge Leute von drüben gehört zu haben, die sagten: «warum von sowjetbesetzter Zone reden? Wir haben mehr fertig gebracht als Ihr im Westen, und Ost-Deutschland ist so gut ein Land wie West-Deutschland». Es sei schwierig, mit ihnen zu diskutieren.

Judith Listowel erwähnte dann die bekannte Tatsache, dass Willy Brandt und der Berliner Senat das Problem nicht gleich sähen, und dass Brandt bereit wäre, irgendeine Art Föderation mit Ost-Deutschland zu akzeptieren. Es würde schwierig sein, doch wäre es nicht schlimmer als die gegenwärtige, unfruchtbare Situation. Sie meinte, dass Brandt bereit sei, Dinge zu tun, die Kanzler Erhart und Bonn im Augenblick nicht einmal zu träumen wagten (die aber jedenfalls das Gute hätten, den Westen aufzuwecken). —

Sie erzählte dann noch Einzelheiten über die Begegnung mit jungen, westdeutschen Studenten. Sie waren in grosser Mehrheit gegen eine Anerkennung der Zone, wünschten jedoch bessere Beziehungen zu den andern Ost-Staaten. Uebereinstimmend waren sie der Ueberzeugung, dass der Mangel an Vertrauen auf beiden Seiten die grösste Schwierigkeit darstelle. Jedenfalls hegten auch sie Gedanken, die noch vor drei Jahren niemand in Deutschland zu denken gewagt hätte. Ein Student sah das grösste Uebel der Mauer darin, dass sie die jungen Leute auf beiden Seiten verhinderte, miteinander in Kontakt zu treten. Die Kommunisten möchten das Gefühl zerstören, dass die Deutschen nicht West- oder Ost-Deutsche seien, sondern allein Deutsche.

Ernst Lemmer, persönlicher Vertreter des Bundeskanzlers in Berlin, meinte, dass alles unternommen werden müsste, um die Einheit mit friedlichen Mitteln wieder herzustellen. Der einzuschlagende Weg müsse mit den Alliierten besprochen werden. Selbstverständlich sei es klar, dass Deutschland so lange geteilt sein werde, als die Russen glaubten, ein geteiltes Deutschland liege in ihrem Interesse. Wenn die Alliierten einverstanden seien, müsse den Russen ein sehr generöses Angebot in wirtschaftlicher, militärischer und territorialer Hinsicht gemacht werden. Das könnte lange gehen, bis alles zustimme, aber es gebe keinen andern Weg. Die kommunistische Partei müsse legalisiert werden, und es dürften auch all die Untaten an der Mauer nicht verfolgt werden. — Die Korrespondentin fügte allerdings hinzu, dass Lemmer wenig Gefolgsleute in Westdeutschland habe (weil die Meisten wissen, dass auch ein solches Angebot die Russen, die ganz andere Absichten haben, niemals befriedigen würde).

Ein deutscher Richter, der unter den Nazis viele Verfolgungen auszustehen hatte, meinte, «dass das Schicksal Deutschlands von den Russen und den Alliierten abhänge, dass aber keine Seite sich darum bekümriere. Wenn die Differenzen zwischen Kapitalismus und Kommunismus nur noch technische Differenzen sein werden, anstelle der ideologischen, dann wird die Mauer fallen».

Judith Listowel äusserte persönlich, dass die Mauer noch lange bestehen bliebe, dass aber tatsächlich Kommunismus und Kapitalismus mehr und mehr mit den gleichen Problemen kämpften, und aus dieser Allgemeinheitsentwicklung schneller eine Verständigung zwischen den beiden heranwachsen könnte. Wir wagen diesen Optimismus nicht zu teilen, denn der Kommunismus wird grundsätzlich nie auf Diktatur, nicht einmal auf Terror, Schiessbefehle, KZ-Lager für Andersdenkende usw. verzichten können. Eine Änderung wird sich mehr aus dem Druck der weltpolitischen Lage ergeben, zum Beispiel der Entwicklung in China, die Russland auf alle Fälle, auch bei einem späteren Einlenken Chinas, vor schwere Probleme stellen wird.

## Interfilmpreise am Festival in Mannheim

Die Jury der INTERFILM, des internationalen, evangelischen Filmzentrums, hat den Festivalpreise zu gleichen Teilen dem Spielfilm «Die minder glückliche Heimkehr des Josef Katus in das Land Rembrandts» von Wim Verstappen (Holland) und dem Film «Zeit der Heuschrecke» der amerikanischen Quäker zugesprochen. Der westdeutsche Dokumentarfilm «Beat in Germany» erhielt einen empfehlenden Hinweis.